

AFFÄREN

Teurer Filz an der Saar

Neue Filz- und Korruptionsvorwürfe erschüttern den saarländischen SPD-Landesverband. Vergangene Woche erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Untreue und Steuerhinterziehung gegen den früheren Geschäftsführer der Saarbrücker Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft (ESG), Alfred Kirst. Kirst, 69, einst Vertrauter von SPD-Größen wie Oskar Lafontaine und Reinhard Klimmt, soll die stadtnahe ESG durch Manipulationen bei der Ausschreibung und Vergabe von Großprojekten um rund 700 000 Euro geschädigt haben. Die Staatsanwaltschaft bezichtigt Kirst, er habe befreundeten Architekten, Ingenieuren und Bauunternehmern Millionenaufträge „ohne Wettbewerb“ zugeschanzt. Einige Firmen soll er auch zu Spenden an den 1. FC Saarbrücken gedrängt haben, dessen Präsident damals Klimmt hieß. Allein im Sommer 1996 zahlten ESG-Auftragnehmer laut Staatsanwaltschaft 100 000 Euro an den Verein. Kirst, der sich bisher zu den Vorwürfen nicht öffentlich geäußert hat, ist inzwischen aus der SPD ausgetreten.



RAINER WEISFLOG

LEBENSMITTEL

Verseuchte Kalbshaxen

Erneut sind hohe Dosen Tetracyclin-Antibiotika in Kalbfleisch nachgewiesen worden. Untersuchungen des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums stellten „bedenkliche Konzentrationen“ des Arzneimittels, das verbotenweise als Mastbeschleuniger eingesetzt wird, in Haxen und Fleischstücken tiefgefrorener Kälber fest. In 51 von 53 Pro-

CSU

Aus für Power-Frau?

Während Kanzlerkandidat Edmund Stoiber um junge, profilierte Uni-ons-Frauen für sein Kompetenzteam ringt, betreibt die CSU ein Parteiaus-schlussverfahren gegen eine frühere Hoffnungsträgerin, die stellvertretende JU-Landesvorsitzende und Vize-Chefin des Bezirks Unterfranken, Ulrike Schneider. Seit März muss Schneider, 35, Stadträtin in Schweinfurt, ihre Parteiämter ruhen lassen. Der Grund: Die

Pressereferentin, die bis November vier Jahre lang dem Parteivorstand angehört hatte, hatte sich im vergangenen Sommer nicht dem Fraktionszwang unterworfen, sondern im Stadtrat für einen Baureferenten gestimmt, den die CSU ablehnte. Neider aus dem eigenen Kreisverband Schweinfurt-Stadt ergriffen die Gelegenheit, um die erfolgreiche Karriere der Umweltpolitikerin, die sogar ins EU-Parlament sollte, zu bremsen. Bei der Kommunalwahl im Frühjahr war Schneider auf der CSU-Liste nicht mehr



Schneider

LAZIO RUPPERT / MAINPOST

willkommen. Weil sie im Stadtrat weiterarbeiten wollte, wechselte sie zu einer parteiunabhängigen Liste und wurde mit überwältigendem Ergebnis wieder gewählt. Darin sieht die CSU einen Verstoß gegen die Parteisatzung: Wer ohne Absprache auf anderen Listen kandidiere, verhalte sich parteischädigend. Um öffentliches Aufsehen zu vermeiden, hat CSU-Generalsekretär Thomas Goppel Schneider nahe gelegt, „freiwillig“ aus der Partei auszutreten – und in einen anderen Kreisverband wieder einzutreten.

BUNDESWEHR

Neuer Anlauf



Die deutschen Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall DeTec unternehmen nach dem plötzlichen Aus für ihren Schützenpanzer „Panther“ einen neuen Anlauf, um sich den milliardenschweren Auftrag doch noch zu sichern. Abgesandte beider Firmen haben sich für diesen Montag auf der Bonner Hardthöhe angemeldet; das Verteidigungsministerium erwartet, dass die Industrievertreter vorschlagen, einen ausländischen Panzer bei sich in Lizenz zu

Schwedischer „CV 9030“-Schützenpanzer

bauen. Als Favorit gilt der schwedische „CV 9030“, dessen nach Bundeswehrauffassung unzureichender Schutz gegen Minen derzeit von einem deutschen Ingenieurbüro verbessert wird. Wenn das neue Angebot rechtzeitig fertig werde, heißt es in der Leitung des Ministeriums optimistisch, könnte die Beschaffungsvorlage noch im September dem Haushaltsausschuss des Bundestages vorgelegt werden. Vorige Woche wurde die geplante Vergabe für den „Panther“ gestoppt, weil der 2004 benötigte neue Schützenpanzer frühestens 2008 fertig geworden wäre.



Fleckvieh-Fleischrinder (im Spreewald)

ben fanden sich Antibiotika im Knochen, teilweise weit über dem Grenzwert. Die Ergebnisse seien gravierend, weil Kalbsknochen als Grundlage für Fleischbrühe in die Nahrung gelangten. Nach jüngsten Untersuchungen der Universität Hannover entstehen beim Abbau der Medikamente Stoffwechselprodukte, die erheblich gesundheitsschädlicher sind als die

Antibiotika selbst. In der vergangenen Woche hatte Greenpeace über Messungen bei italienischen Puten berichtet, die in 80 Prozent der untersuchten Fälle Tetracyclin-Rückstände aufgewiesen hatten. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Tetracycline weiterhin als Aufbaumittel in der Tierzucht eingesetzt werden, obwohl dies seit 1974 EU-weit verboten ist.

LANDWIRTSCHAFT

Zuschüsse gestoppt

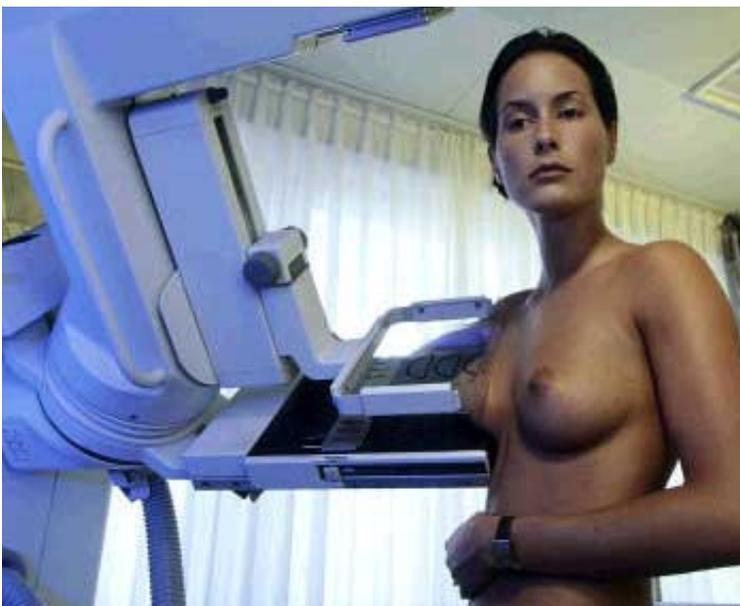
Mit einem heiklen Entschluss hat das Bundeslandwirtschaftsministerium vergangene Woche den Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses im Bundestag, Peter Harry Carstensen, überrascht. Der Chef der Schleswig-Holstein-CDU, der für Edmund Stoibers Kompetenzteam als Agrarexperte gehandelt wird, fungiert nebenbei als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Agrar- und Umweltpolitik (DGAU). Seinem Verein würden die Fördermittel von jährlich 53 000 Euro gestrichen, so die Nachricht aus dem grün geführten Ministerium – fast die Hälfte des Vereinstats. Begründung: Die neue Landwirtschaftspolitik von Renate Künast erfordere es, „den Bereich der institutionellen Förderung zu überdenken“. Die DGAU lässt sich auch von der chemischen Industrie sponsern. Carstensen, einer der größten Kritiker der Öko-Agrarwende, nennt den Vorgang „undemokratisch“. Landwirtschafts-Staatssekretär Matthias Berninger (Grüne) hält dagegen, Carstensen sei der einzige Abgeordnete mit einem aus Steuermitteln finanzierten Verein.

FORSCHUNG

Offensive gegen Brustkrebs

Auf die harte Kritik von Experten an der rückständigen deutschen Brustkrebsmedizin hat das Bundesforschungsministerium nun reagiert und

will für die Erforschung der Krankheit Extragelder lockermachen. 8,5 Millionen Euro sollen in den kommenden vier Jahren hierfür bereitgestellt werden, zusätzlich zu den 15 Millionen Euro, die für den Zeitraum 2002 bis 2005 bereits eingeplant sind. Forschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) will insbesondere untersuchen lassen, wie man die Früherkennung verbessern kann; auch soll die Wirksamkeit verschiedener Brustkrebs-Therapien verglichen werden. Während die Anzahl der Frauen, die an Brustkrebs sterben, in den USA, Großbritannien, den Niederlanden und Skandinavien im vergangenen Jahrzehnt um 20 bis 30 Prozent gesunken ist, stagniert sie in Deutschland. Wird der Brustkrebs früh erkannt, liegt die Überlebenschance bei bis zu 90 Prozent.



RONALD FROMMANN / LAF

Mammografie zur Brustkrebs-Vorsorge

GESUNDHEIT

Umsatzgarantie für Landärzte

Hans-Joachim Helming, 48, Gynäkologe und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Kassenärztlichen Vereinigungen der Neuen Bundesländer über Maßnahmen gegen Ärztemangel im Osten

SPIEGEL: Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Brandenburg fordert, dass sich Fachärzte anderer Richtungen künftig als Hausärzte niederlassen dürfen, ohne die bislang vorgeschriebene Ausbildung als Allgemeinmediziner oder Internist abzuschließen. Dürfen im Osten jetzt die Amateure ran?

Helming: Keinesfalls. Wir wollen nur, dass in Zukunft beispielsweise ein Gynäkologe, Chirurg, Kinderarzt oder Hautarzt auch als Hausarzt tätig werden darf. Das ist bisher verboten.

SPIEGEL: Weil Hausärzte ein möglichst breites Wissen haben sollen.

Helming: Auch die Spezialisten anderer Gebiete haben eine umfassende Ausbildung. Und backen können wir uns die Ärzte Helming ja nicht.

SPIEGEL: In den neuen Ländern fehlen schließlich rund 600 Hausärzte. Aus diesem Grund wollen Sie eine „Buschzulage“ für Landärzte durchsetzen. Womit hoffen Sie denn, die Doktoren aufs platte Land locken zu können?

Helming: Wir wollen ihnen eine Umsatzgarantie für ihre Praxis geben, ihnen statt Wegepauschalen Kilometergeld zahlen. Außerdem wollen wir den Mediziner ermöglichen, in einem unterversorgten Gebiet eine zweite Praxis aufzumachen. Wichtige Praxen, die unbesetzt sind, könnten wir als KV selbst übernehmen und mit bei uns angestellten Ärzten betreiben.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das finanzieren?

Helming: Da müssen uns die Kassen unterstützen, die dazu bisher nicht bereit sind. Wir müssen schnell handeln, weil in einigen Gebieten die ohnehin wenigen Ärzte häufig schon über 60 Jahre alt sind. Im brandenburgischen Altkreis Angermünde etwa ist ein Arzt für 3400 Einwohner zuständig statt wie vorgesehen für 1700.

SPIEGEL: Die Kassen bestreiten oft, dass es einen wirklichen Ärztemangel gibt.

Helming: Aber sie schreien auf, wenn ihre Versicherten drei Monate auf einen Termin beim Orthopäden warten müssen.

